

# Die Forschungsuniversität in der Wissensgesellschaft

VON PROF. DR. RAINER KLUMP\*

Die Suche nach den Quellen dauerhaften Wirtschaftswachstums ist alt. Ökonomen haben menschliche Arbeit, Kapital und natürliche Ressourcen als Determinanten nationalen Wohlstands identifiziert. Aber früh haben sie auch darauf hingewiesen, dass eine immer größere Menge von Arbeit, Kapital und Ressourcen nicht automatisch zu mehr Wachstum führt, sondern erst ihre effiziente Koordination. Adam Smith hat 1776 in seinem Werk über den „Wohlstand der Nationen“ aus gutem Grund nicht nur die menschliche Arbeit, sondern vor allem die Organisation der Arbeitsteilung in den Mittelpunkt gerückt. Josef Schumpeter hat 1912 in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ die Figur des dynamischen Unternehmers entworfen, der durch innovative Verbindung von Arbeit, Kapital und Ressourcen Wachstum vorantreibt.

Wenn aber gesamtwirtschaftliches Wachstum eher von der effizienten Kombination der Produktionsfaktoren abhängt als von ihrer reinen Menge, dann ändert sich auch der Fokus der Wachstumspolitik. Dauerhaftes Wachstum lässt sich dann auf effizienterer Faktor-Koordination aufbauen, durch neue Ideen, Produkte oder Verfahren – oder ganz allgemein durch neues Wissen und seine Umsetzung.

## Wissen – der zentrale Wachstumsmotor

Genau dies beschreibt die neue Wachstumstheorie, die seit über 30 Jahren den Mechanismen eines innovations- und wissensbasierten Wachstums nachspürt. Sie hat die wissenschaftlichen Grundlagen für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert gelegt. Die Länder, die Wohlstand erhalten und mehren wollen, werden sich zu einer Wissensgesellschaft weiterentwickeln müssen. In ihr liefert jeder Einzelne mit seinem Wissen einen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Zentraler Wachstumsmotor ist die effiziente Kombination der vielen individuellen Kompetenzen.

Die Förderung von Wissen und Wissenstransfer ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die unternehmerischen Sachverstand und politischen Gestaltungswillen erfordert. Denn der Weg in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts ist alles andere als eine gut ausgebaute Autobahn. Soll er nicht ein Trampelpfad werden, den nur wenige Auserwählte kennen, muss er von erfahrenen Bautrupps angelegt, verbreitert und unterhalten werden. Diese Bautrupps sind die Institutionen der modernen Wissensgesellschaft: Einrichtungen, die Wissen gewinnen, aufbereiten und vermitteln.

## Forschungsuniversität: kreativ und qualitätsbewusst

Zu diesen Einrichtungen zählen Forschungs- und Bildungseinrichtungen aller Art. Aber in ihrem Zentrum steht die moderne Forschungsuniversität. Sie ist Herz und Motor der Wissensgesellschaft, denn sie ist als einzige mit allen anderen Institutionen vernetzt. Ihre Funktionsprinzipien sind nicht neu, aber erreichen erst heute ihre volle Blüte.

Universitäten gibt es seit über 800 Jahren, von Forschungsuniversitäten spricht man schon seit gut 200 Jahren und ihre Zahl wächst ständig. Aus reinen Lehranstalten, in denen etabliertes



(FOTO: CLAUDE PISCITELLI)

Wissen repetiert wurde, sind Einrichtungen entstanden, die permanent nach dem Neuen suchen und Altes hinterfragen.

Aus der kreativen Verbindung von Forschung und der aus neuen Forscherkenntnissen gespeisten Lehre ist eine Einrichtung entstanden, die sich auf der ganzen Welt durchsetzen konnte. Sie bezieht ihre besondere Dynamik durch die hohe Motivation und den Pioniergeist der an ihr tätigen Wissenschaftler, die im harten internationalen Wettbewerb um Reputation stehen. Durch ihre disziplinäre Vielfalt engt sie den Blick nicht unnötig ein. Sie verbindet Grundlagenforschung und Anwendungsmöglichkeiten und unterstützt so wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen. Sie verbindet Forschung und Lehre und leistet damit den vielleicht wichtigsten Beitrag zum Wissenstransfer: Sie macht junge Menschen, Studierende, Doktoranden und PostDocs mit immer wieder neuen Ideen, Methoden und

Verfahren vertraut und motiviert sie zur kritischen Auseinandersetzung mit Altbekanntem.

## Hervorragende Voraussetzungen in Luxemburg

Luxemburg hat hervorragende Voraussetzungen für den Weg in die Wissensgesellschaft geschaffen. Qualifizierte Arbeitskräfte sind ebenso vorhanden wie der Zugang zu Kapital. Vor allem aber gibt es ein Netz öffentlicher und privater Forschungseinrichtungen, die sich dem Transfer des neuen Wissens in Wirtschaft und Gesellschaft widmen. 2003 ist mit der Gründung der Universität Luxemburg auch das Zentrum dieses nationalen Wissenschafts- und Innovationssystems besetzt worden.

Die Gründung erfolgte mit direktem Bezug auf die Bologna-Erklärung zur Reform der Hochschulbildung und die Lissabon-Strategie zur Forschung und Innovationspolitik der EU. Ohne eigene Landesuniversität

hätte Luxemburg diese beiden zentralen Elemente einer europäischen Wissensgesellschaft nur bedingt mitgestalten können.

In den ersten zehn Jahren ihrer Existenz hat die Universität Luxemburg ihre Rolle erfolgreich erfüllt. Der jetzt anstehende Umzug von großen Teilen der Universität auf den neuen Wissenschaftscampus Esch-Belval stellt einen weiteren Meilenstein dar. Die neue erstklassige Infrastruktur wird den interdisziplinären Dialog sowie die Zusammenarbeit mit den anderen Forschungseinrichtungen fördern. Auch für die internationale Sichtbarkeit und Positionierung im weltweiten Wettbewerb bietet der neue Standort hervorragende Bedingungen. Allerdings ist die Infrastruktur eine notwendige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung für den erfolgreichen Weg des Landes in die Wissensgesellschaft. An den folgenden fünf Punkten sehe ich Diskussions- und Handlungsbedarf:

### Kultur der Kreativität

Der besondere Charakter der Forschungsuniversität muss immer wieder neu erläutert werden. Eine Forschungsuniversität ist keine Schule, sondern eine Einrichtung, in der neues Wissen generiert und vermittelt wird. Da der Umgang mit dem Unbekannten nie völlig planbar ist, erfordert die Governance dieser Universität Flexibilität und Augenmaß. Komplexe Rekrutierungs- und Qualitätssicherungssysteme garantieren hier nachhaltige Exzellenz. Aber auch eine gewisse Fehlertoleranz ist notwendig, denn nur so kann auch die Bereitschaft zu riskanter Forschung gefördert werden. Entscheidend ist, eine interne Kultur der verantwortungsbewussten Kreativität aufzubauen. Dies steht im Zentrum der aktuellen Strategiediskussion innerhalb unserer Universität.

### Miteinander von Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften

Universität meint immer einen breiten und umfassenden Begriff von Wissen. Gerade im Wettbewerb der Fächer und Fakultäten stecken wichtige Impulse für Innovationen. So wird zum Beispiel ein Fach wie die Wirtschaftswissenschaften, das ursprünglich in enger Nachbarschaft zu Moralphilosophie und Rechtswissenschaft entstand, später Impulse aus Mathematik und Informatik empfing, heute durch Kooperationen mit Psychologie und Neurowissenschaften vorangetrieben. Daher brauchen Forschungsuniversitäten das Miteinander von Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften. Zudem müssen sie inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit fördern. Die Universität Luxemburg hat dies durch die Einrichtung zweier interdisziplinärer Zentren sehr erfolgreich getan. Sie sind Vorbild für weitere Initiativen, an denen wir gegenwärtig arbeiten.

### Doktoranden als zentrale Akteure

Als Motor des nationalen Forschungs- und Innovationssystems arbeitet die Universität aktiv mit allen anderen Institutionen zusammen. Eine besondere Rolle spielen dabei die neu eingerich-

teten Doctoral Schools unserer Universität. Doktoranden bilden den wissenschaftlichen Nachwuchs des Landes und damit zentrale zukünftige Akteure der Wissensgesellschaft. Ihre Ausbildung ist eine Kernaufgabe der Forschungsuniversität. Mit ihrer wissenschaftlichen Qualität und ihrer fachlichen Breite ist Luxemburgs Universität in der Lage, die Doktorandenbetreuung nach höchsten internationalen Standards zu organisieren. Die Doctoral Schools sind grundsätzlich auch offen für Bewerber aus unseren Partnerinstitutionen. Allerdings achtet die Universität auf die Einhaltung der wissenschaftlichen Qualitätsstandards und erwartet als Gegenleistung für die Teilhabe am universitären Promotionsrecht auch die Bereitschaft der Partner zur Mitwirkung an der universitären Lehre.

### Perspektiven für die besten Talente

Die moderne Wissensgesellschaft führt zu einem intensiven internationalen Wettbewerb um die besten Talente. Forschungsuniversitäten ziehen solche Talente an, zur dauerhaften Bindung an ein Land sind aber auch längerfristige Perspektiven wichtig. In-

„Der Auf- und Ausbau der Wissensgesellschaft ist eine nationale Aufgabe höchster Priorität. Die anstehende Reform der luxemburgischen Verfassung bietet die große Chance, sich auch klar dazu zu bekennen.“

nerhalb der EU behindern immer noch unterschiedliche Besoldungs- und Pensionssysteme die Mobilität von Forschern. Und für die vielen Talente aus Ländern außerhalb der EU stellt das Aufenthaltsrecht nach Ende der Ausbildung nach wie vor eine erhebliche Hürde dar. Es fehlt an politischen Initiativen, um den europäischen Binnenmarkt für Forschung und Wissenschaft zu vollenden.

### Die Wissenschaftsfreiheit in der Verfassung

Der Auf- und Ausbau der Wissensgesellschaft ist eine nationale Aufgabe höchster Priorität. Die anstehende Reform der luxemburgischen Verfassung bietet die große Chance, sich auch klar dazu zu bekennen. Der vorliegende Verfassungsentwurf garantiert zwar weiterhin die Freiheit von Handel und Industrie und damit die Quellen, auf denen der nationale Wohlstand seit dem 19. Jahrhundert beruht. Er sagt aber – und dies im Unterschied zu vielen anderen europäischen Verfassungen – bislang nichts aus zur Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Innovation, also den Quellen des Wohlstands im 21. Jahrhundert. Sieht das Land Forschung und Wissenschaft als die zukünftigen Quellen seines Wohlstands an, wäre es nur konsequent, dies auch in seiner Verfassung explizit zu verankern. Der „Conseil universitaire“ unserer Universität hat sich dafür ausgesprochen, mit diesem Anliegen in der anstehenden Verfassungsdebatte zu intervenieren.

\* Rainer Klump ist Wirtschaftswissenschaftler und seit Januar 2015 Rektor der Universität Luxemburg.

# Nach zehn Jahren alles Schrott?

Eine Mandatsbeschränkung für Minister wäre demokratischer Unsinn

VON ROBERT GOEBBELS\*

Beim Referendum werde ich für die Möglichkeit des aktiven Wahlrechtes ab 16 Jahre stimmen. Selbstverständlich auch für das aktive Wahlrecht für jene ausländischen Mitbürger, die seit mindestens zehn Jahren unter uns leben und arbeiten, sich genügend für das politische Geschehen interessieren, um auch bei kommunalen und europäischen Wahlen zu den Urnen zu schreiten. Die politische Integration von 30 000 Mitbürgern (denn darum geht es) ist eine demokratische Notwendigkeit in einem Staat, der ohne den Einsatz von Ausländern nicht mehr funktionieren würde.

Dagegen werde ich ein resolutes „Nein“ zur Begrenzung der Ministermandate abgeben. Diese willkürliche Beschränkung auf zehn Jahre ist gerade in einem kleinen Land kontraproduktiv. Eine der Stärken unseres Landes war bislang die politische Stabilität, die den Rahmen für eine wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung bot, die uns einen der höchsten Lebensstandards in Europa bescherte.

Die sich ablösenden Regierungen konnten meistens über eine Legislaturperiode hinaus planen. Da immer Koalitionen das Land regierten, konnte nie eine Partei ihre ausgefallensten Programmpunkte durchsetzen. Dies führte in der Praxis zu einem weitreichenden Konsens in Außen-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die besonders bei ausländischen Investoren ein großes Vertrauen schaffte.

Trotz des geflügelten Wortes vom „CSV-Staat“ muss anerkannt werden, dass die schwarze Dauerherrschaft an der Spitze der Regierung eine Anpassung gesellschaftspolitischer Normen nicht verhinderte. Ein Jacques Santer stimmte mit einigen Kollegen für die Abschaffung der Todesstrafe. Unter Jean-Claude Juncker war es trotz der offiziellen Opposition seiner Partei möglich, einen Durchbruch bei der Sterbehilfe zu erreichen. Vor allem erlaubte der Wähler 1974 einer sozialistisch-liberalen Koalition einen großen Reformschub in vielen Bereichen. Nunmehr darf „Gambia“ reformatorisches Können unter Beweis stellen.

Wenn man Meinungsumfragen glaubt, wird die Ironie der Volksbefragung womöglich darin bestehen, dass am 7. Juni bloß die Mandatsbeschrän-



(FOTO: GERRY HUBERTY)

kung der Minister eine Mehrheit findet. Politiker stehen bei großen Teilen der Bevölkerung nicht im besten Ruf. Deshalb stößt die vorgeschlagene Beschränkung der Amtszeit der Minister eher auf Zustimmung, nach dem Motto: „Die taugen ohnehin alle nichts!“

Nun gab es, quer durch die Parteien, immer gute und weniger gute Minister. Manche Minister, die sich nicht durchsetzen konnten und ein Schattendasein frönten, wurden bei Wahlen abgestraft. Pietät hindert mich daran, Namen zu nennen. Eine solche Abstrafung ist ein normaler Prozess im Rahmen der repräsentativen Demokratie.

### Weshalb keine Begrenzung für Abgeordnete?

Wer jedoch kompetente Minister abservieren will, weil angeblich ihre zu lange Amtszeit eine „regelmäßige Erneuerung“ des politischen Personals verhindere, muss mit der Frage konfrontiert werden, weshalb die zehn Jahre nicht für Abgeordnete gelten sollen? Warum nicht auch im Parlament den Zwang zur Förderung „neuer Talente“ einführen?

In einem kleinen Land sprießen die wirklichen Talente nicht im Überfluss. Vor allem ist nicht ersichtlich, warum Minister nach zehn Jahren in „Routine und politischen Stillstand“ verfallen sollten?

Ich hatte die Ehre, der großherzoglichen Regierung während 15 Jahren

anzugehören. In meiner angeblich in „Routine“ erstarnten dritten Amtsperiode setzte ich solch umstrittene Kinderlitzchen durch wie die Saar- und die Nord-Straße, das nationale Fahrradwegenez, die „Cité judiciaire“ und das Pei-Museum. Wegen dieses „Stillstandes“ wurde ich wohl 1999 abgewählt?

Ist ein Jean Asselborn ausgelugt, weil er zehn Jahre Amtszeit überschritten hat? Ist er nicht eher unser einflussreichster Außenminister der Neuzeit, der mehr zum „Nation Branding“ beiträgt als die „spin doctors“ von Premier Bettel?

Hätte es die zehn Jahre Amtsbegrenzung seit Kriegsende gegeben, wäre die Karriere von Gaston Thorn 1979 beendet gewesen. Wäre das besser für das Land gewesen? Pierre Werner und Jacques Santer hätten früher abdanken müssen, ohne dass ersichtlich ist, wer als „neues Talent“ ihre Erbschaft angetreten hätte. Denn Jean-Claude Juncker wäre ein Premierminister geworden, weil er vorher zehn Jahre als Staatssekretär und einfacher Minister abgessen hatte!

Wenn die so vielen „neue Talente“ der aktuellen Regierung glauben, zehn Jahre seien genug, können sie immer aus freien Stücken zurücktreten. Daraus eine allgemein gültige Pflicht zu machen, würde dem Land schaden. Ich stimme „Nein“!

\* Der Autor war Minister von 1984 bis 1999

„In einem kleinen Land sprießen die wirklichen Talente nicht im Überfluss.“

# Mir deele Problemer, mir deele Pflichten, mee d'Wahlrecht deele mer net!

VUM LAURA ZUCCOLI\*

Mir deele Problemer, mir deele Pflichten, mee d'Wahlrecht deele mer net!

Stellt Iech vir, Lëtzebuerg wier en Appartementhaus, wou mer allegueren – Lëtzebuerg an Netlëtzebuerg – zesumme wunnen. Do géif et jo kengem afalen, d'Problemer an d'Aarbechten, déi um Appartementshaus ze maache sinn, nëmme vun de Lëtzebuerg bestëmmen ze looschen, obwuel all Awunner (ob se schaffen oder net) se finanzéieren. A wann Der elo mengt, dat esou eng Decisounnëmme vunde Proprietären, dat heescht den Netlëtzebuerg, misst geholl ginn, da misste jo logescherweis d'Netlëtzebuerg dës net bezuelen.

Zu Lëtzebuerg deele mer Problemer aus dem Alldag, siehe Lösungen, hoffen, dat eis Politiker eis Suergen eescht huelen an eng politesch Äntwert op si ginn. Datt si am Sënn vum ganze Volk Gesetzer stëmmen. A wa mer net zefridde sinn, da wile mer se of. Natierlech hale mer eis all – Wieler an Netwieler – un d'Pflichten, déi an eis Gesetzer stinn.

Firwat schlëssen dann eis Lëtzebuerg Politiker, déi eis Gesetzer stëmmen, d'Netlëtzebuerg vum Wahlrecht aus? Mir deele jo – jee no Gesellschaftsschicht – dëselwecht Schwierigkeeten aus dem Alldag a finanzéieren déi Politik, déi eis Chamber stëmmt. Zu Lëtzebuerg bannen eis all – Lëtzebuerg an

Netlëtzebuerg – gemeinsam Wäerter, wéi Mëscherechter, Solidaritéit, Deelen ...

Mam Neer dréckt Dir eng Meenung aus, wou nëmme Proprietäre vun der Lëtzebuerg Nationalitéit d'Recht humm d'Politiker ze wielen, déi eisen Alldag mat hire Gesetzer bestëmmen. Wou bleiwen do Wäerter wéi Mëscherechter, briddlerlech Deelen ...? Traue mir eisen netlëtzebuergeschen Noperen net? Et steet fir eis gemeinsam Zukunft vill um Spill. Wéi an engem Appartement solle mir och d'Recht fir matzestëmmen deelen, am Intress vum eis all. Zesumme liewen, zesumme wielen!

\* D'Autorin ass Presidentin vun der ASTI